



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente politik der Vorkriegsjahre**

**Siebert, Benno von**

**Berlin [u.a.], 1925**

Die territorialen Kompensationsforderungen Serbiens.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73564](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73564)

Was die serbischen Forderungen anbelangt, welche, wie allgemein anerkannt, schwerlich zu rechtfertigen sind, so haben wir Zweifel geäußert, ob es möglich sei, sie zu verwirklichen. Aber wir haben uns der russischen Regierung angeschlossen, um zu verlangen, daß die Frage einer Konferenz unterbreitet würde. Dies ist in Wirklichkeit die einzige Schwierigkeit, für die eine andere Lösung gefunden werden muß, als die vom Belgrader Kabinett hinsichtlich seiner territorialen Kompensationsforderungen beanspruchte.

Der Augenblick ist also für Rußland und Frankreich gekommen, diese Frage gemeinschaftlich zu prüfen. Wir bitten die russische Regierung, uns ihre Ansicht mitteilen zu wollen, in der festen Überzeugung, daß die gemeinschaftliche Erörterung der Frage durch die beiden Regierungen es erlauben wird, die gegenwärtige Krise unter Bedingungen zu lösen, die für Frankreich und Rußland in gleichem Maße befriedigend sind.

**Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 11./24. Februar 1909.**

.....  
Es scheint mir, daß die englische Regierung sich über den Ernst der Lage deutlich Rechenschaft gibt. Dieser Eindruck wird durch alle Nachrichten bestätigt, die sie aus offiziellen und privaten Quellen erhält. Trotz des dringenden Wunsches, Serbien zu helfen, gibt man sich hier deutlich Rechenschaft, daß die Anstrengungen der Mächte hauptsächlich darauf gerichtet sein müssen, Serbien vor der Vernichtung zu bewahren, aber daß man ohne Krieg von Österreich nicht wird erreichen können, Serbien andere als ökonomische Konzessionen zu gewähren. Hardinge teilte mir heute als seine persönliche Ansicht mit, daß die allgemeine Lage weniger gespannt wäre, wenn Rußland in Belgrad erklären würde, Serbien könne weder auf territoriale Zugeständnisse, noch auf eine volle Autonomie Bosniens und der Herzegowina rechnen. Da Österreich gerade befürchtet, daß Rußland, vielleicht auch noch einige andere Mächte, die unerfüllbaren serbischen Forderungen unterstützt, so würde ein derartiger Schritt von Seiten Rußlands in Belgrad das Wiener Kabinett in hohem Maße beruhigen und dadurch die Möglichkeit einer friedlichen

Lösung erhöhen. Man hat hier wohl bemerkt, daß die russische Regierung noch nicht auf die englische Anfrage geantwortet hat, mit welchen Zugeständnissen Serbien der Ansicht Rußlands nach sich begnügen müßte.

**Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 14./27. Februar 1909.**

Man ist hier sehr beunruhigt, daß die Verhandlungen zwischen den Mächten zur Vorbeugung eines austroserbischen Konfliktes nicht vorwärtsschreiten. Augenblicklich legt man in England der Frage der territorialen Zugeständnisse zugunsten Serbiens besondere Bedeutung bei, in der festen Überzeugung, daß das Festhalten an einer solchen Forderung unausbleiblich zum Kriege führen müsse. Hier würde man überhaupt geneigt sein, jeden Vorschlag zu unterstützen, der eine endgültige Verständigung zwischen Österreich und Serbien erleichtern würde, aber unter der Bedingung, daß die gemeinsam vorgehenden Mächte sich deutlich darüber Rechenschaft geben, daß man Österreich territoriale Zugeständnisse nicht zumuten könne. Englischen Nachrichten zufolge scheint das neue serbische Kabinett sich deutlich Rechenschaft zu geben, daß die serbischen Forderungen unerfüllbar sind, und bereit zu sein, den Vorstellungen der Mächte nachzugeben.

**Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 14./27. Februar 1909. — Nr. 250.**

Die Mitteilung, die mir die hiesige französische Botschaft gemacht hat, hat bei uns einen peinlichen Eindruck hervorgerufen, den ich dem Admiral Touchard nicht verheimlicht habe. Von den friedlichsten Absichten beseelt, hatten wir uns bereit erklärt, den von Cambon vorgeschlagenen Weg zu betreten, d. h. in Belgrad friedliche Erklärungen zu verlangen und dieselben nach Wien weiterzugeben. Aber der Kiderlensche Vorschlag, augenscheinlich in Wien inspiriert und von Pichon gebilligt, hat eine ganz andere Bedeutung. Er zielt darauf ab, eine gemeinsame Aktion der Mächte durch eine direkte Abmachung zwischen Wien und Belgrad zu ersetzen, nach dem Vorbild der österreichisch-türkischen Vereinbarung. Die Sprache der offiziellen Presse in Österreich läßt hierüber keinen Zweifel. Aber dieses ist gleichbedeutend mit

der Auslieferung Serbiens an die Gnade des bis zu den Zähnen bewaffneten Österreichs. Ein derartiger Schritt, wenn in Belgrad unternommen, würde in Rußland allgemeine Entrüstung hervorrufen und einem Konflikt nicht vorbeugen. Keine serbische Regierung könnte sich einverstanden erklären. Es muß hervorgehoben werden, daß die Idee einer direkten Verständigung zwischen Österreich und Serbien ganz neu ist und allem widerspricht, was bis jetzt zwischen den Mächten vereinbart wurde. Die Kompensationen, die Serbien und Montenegro zugebilligt werden sollen, bilden Punkt 7 des Konferenzprogramms. Österreich hat sich damit einverstanden erklärt, diesen Punkt mit den Mächten zu erörtern, mit der einzigen Einschränkung, daß diese Zugeständnisse nur ökonomischer Natur sein könnten. Um jeden Argwohn zu vermeiden, daß Serbien von Rußland ermutigt werde, unerfüllbare Forderungen zu stellen und dadurch die friedliche Lösung der Krise unmöglich zu machen, haben wir soeben nach Serbien telegraphiert und der serbischen Regierung empfohlen, auf alle territorialen Ansprüche zu verzichten, sich bei der Regelung der noch schwebenden Fragen auf die Entscheidung der Mächte zu verlassen und alles zu vermeiden, was als eine Provozierung Österreich-Ungarns ausgelegt werden könnte. Es will uns scheinen, daß, wenn man von der serbischen Regierung eine derartige Erklärung erhalten könne, die Mächte dieselbe zur Kenntnis des Wiener Kabinetts bringen und dieses ersuchen sollten, seinerseits seine Absichten zu erklären. Ich teile Ihnen sub Nr. 2 den vollständigen Text meines Telegramms an unsern Belgrader Gesandten mit und bitte Sie, denselben zur Kenntnis Pichons zu bringen und mich von der Ansicht der französischen Regierung zu verständigen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 16./27. Februar 1909. — Nr. 251.

Nr. 2. In Beantwortung der beiden Mitteilungen, die unser serbische Gesandte am 10. und 13. Februar gemacht hat, bitte ich Sie folgendes zur Kenntnis der königlichen Regierung zu bringen. Wir nehmen mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die serbische Regierung ihrem Entschlusse treu bleibt, den von ihr eingenommenen friedlichen Standpunkt nicht zu ver-

lassen, alles zu vermeiden, was zu einem bewaffneten Konflikt zwischen Serbien und Österreich führen könnte, und keine militärischen Maßnahmen an der Grenze zu treffen. Wir sind überzeugt, daß die vitalen Interessen Serbiens, dem wir von jeher die größte Sympathie entgegenbringen, ihm diese Richtlinie mit Notwendigkeit auferlegen, welche auch einzig der augenblicklichen allgemeinen Situation entspricht. Wir haben uns andererseits überzeugen können, daß die Mächte nicht geneigt sind, die Idee einer territorialen Vergrößerung Serbiens zu unterstützen. Die Königliche Regierung muß hieraus folgern, daß alle Anstrengungen, die Mächte zur Unterstützung ihrer diesbezüglichen Forderungen zu bewegen, ohne Resultat bleiben werden und daß Serbien sich die Sympathien der Mächte nur erhalten kann, indem es darauf verzichtet, auf Forderungen zu bestehen, die zu einem bewaffneten Konflikt mit Österreich führen müßten. Es ist uns ein Bedürfnis, die Königliche Regierung zu warnen, sich einer solchen Gefahr auszusetzen. Wir hoffen, daß Serbien, wie es soeben erklärt hat, seinen Verpflichtungen, dem Räte der Großmächte zu folgen, treu bleiben wird. Wir glauben gleichzeitig, daß die serbische Regierung unter den obwaltenden Umständen diesen Mächten deutlich erklären müßte, daß sie auf ihren territorialen Forderungen nicht besteht, und daß sie sich in allen schwebenden Fragen auf die Entschlüsse der Mächte verläßt. Diese könnten dann alle ihre Anstrengungen darauf richten, die serbischen Interessen wahrzunehmen. Abschrift nach Cetinje mitgeteilt.

**Inhaltsangabe eines Telegramms des russischen Außenministers  
Iswolshy an den russischen Gesandten in Belgrad vom 14./27. Fe-  
bruar 1909.**

Nach dringendem Anraten, Serbien solle sich zu einem Verzicht auf territoriale Kompensationen entschließen, heißt es: ... es ist kaum anzunehmen, daß die bosnisch-herzegowinische Frage in nächster Zukunft gelöst werden wird; unser Standpunkt ist nach wie vor derselbe: er hat in unserm Zirkular vom 9. Dezember Ausdruck gefunden; eine allgemeine Einigung aller Mächte auf der Konferenz kaum möglich; die Annexion wird nicht formell sanktioniert werden; Pasitschs Wunsch wird erfüllt

werden. Was eine Bahn durch türkisches Territorium anbelangt, werden wir bei den Verhandlungen mit der Türkei energisch darauf bestehen.

**Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 15./28. Februar 1909. — Nr. 40.**

Hinsichtlich des Riberschen Vorschlages ist ein Mißverständnis entstanden. Pichon hat diesen Vorschlag weder angenommen noch empfohlen. Er hat ihn bloß nach London und Petersburg mitgeteilt, um die Ansicht der beiden Kabinette kennenzulernen. Aber er selbst hat die Art und Weise des Vorgehens unannehmbar gefunden, vor allem das in Aussicht genommene tête-à-tête zwischen Osterreich und Serbien. Man hat hier einen neuen Text der in Belgrad zu machenden Vorstellungen soeben aus Berlin erhalten. Ich werde ihn Ihnen zustellen, sobald ich ihn von Pichon erhalten habe, mit denjenigen Veränderungen, die er einzuführen für nötig hält, wenn nicht die Folgen Ihres direkten Schrittes in Belgrad, welchen er vollkommen billigt, weitere Kollektivschritte in Belgrad überflüssig machen.

**Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 15./28. Februar 1909. — Nr. 41.**

Fortsetzung meines Telegramms Nr. 40. Beifolgend das in Berlin vorgeschlagene Projekt einer in Belgrad zu übergebenden Note: Infolge einer Übereinkunft vom 26. Februar 1909 hat Seine Majestät der Sultan seine Einwilligung gegeben, daß hinfort Bosnien und die Herzegowina zum integralen Bestandteile der österreichisch-ungarischen Monarchie gehören sollen, und Seine Majestät der österreichisch-ungarische Kaiser hat auf die militärische Okkupation des Sandschaks von Nowibasar verzichtet, zu welcher ihn der Berliner Kongreß berechtigte. Die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens und Rußlands lenken die Aufmerksamkeit der serbischen Regierung auf die neue Lage, die sich aus diesem Übereinkommen zwischen den interessierten Mächten ergibt, und sie geben sich der Hoffnung hin, daß die serbische Regierung unter Verzicht auf alle territorialen Aspirationen außerhalb der Grenzen des Königreichs sich aller Handlungen

enthalten wird, die die Ruhe der benachbarten Monarchie stören könnten „und für welche die volle Verantwortung auf Serbien zurückfallen würde“, und daß sie eine Richtlinie einnehmen wird, welche Serbien zu denjenigen ökonomischen Vergünstigungen verhelfen wird, welche Österreich „auf Grund einer direkten Übereinkunft zwischen den beiden Mächten“ ihm zu bewilligen bereit ist.

Wenn trotz Ihres direkten Schrittes in Belgrad ein Kollektivschritt der Großmächte in Belgrad nötig wäre, glaubt Pichon, daß der soeben mitgeteilte Text die Elemente einer Übereinkunft enthält, unter der Bedingung, daß die beiden in Anführungszeichen gestellten Sätze weggelassen werden. Dies ist übrigens nur eine persönliche Ansicht und er wendet sich gleichzeitig auch an die Kabinette von London und Rom.

**Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 17. Februar / 2. März 1909. — Nr. 265.**

Ich verweise auf die Telegramme unseres Pariser Botschafters Nr. 40 und 41. Der in Berlin vorgeschlagene Text ruft selbst mit den von Pichon in Vorschlag gebrachten Weglassungen ernsthafte Einwendungen hervor; der Text ist augenscheinlich in Wien redigiert worden, und der ganze erste Teil verrät die Absichten Österreich-Ungarns, das austrotürkische Protokoll als die definitive Regelung der Annexionsfrage annehmen zu lassen. Wir können in keinem Falle diesem Manöver zustimmen. Wir sind der Ansicht, daß dieses Protokoll internationale Bedeutung nur dann beanspruchen kann, wenn es von der Konferenz sanktioniert worden sein wird, und wir sehen keinen Grund, dieses Protokoll in der in Aussicht genommenen Note zu erwähnen. Gleichweise unannehmbar betrachten wir den Satz „unter Verzicht auf alle territorialen Aspirationen außerhalb der Grenzen des Königreichs“. Kein Land, so schwach und klein es sein möge, kann eine derartig allgemeine Erklärung abgeben. Die Kabinette von Paris und London müssen auch verstehen, wie sehr die Tatsache, daß ein österreichisch-deutsches Projekt zum Ausgangspunkt der Diskussion gemacht wird, so gewandt auch dieses Projekt zusammengestellt sein mag, — die Möglichkeit einer Versöhnung erschwert. Dies wird uns in die Notwendigkeit versetzen, unserer